

Niederschrift der 17. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit am 07.09.2023 – öffentlicher Teil

Datum: 07.09.2023

Zeit: 17:02 Uhr –18:41 Uhr

Ort: Kreisverwaltung Uckermark in Prenzlau, Karl-Marx-Straße 1, Plenarsaal

Anwesende Ausschussmitglieder:

CDU-Fraktion

Herr Wolfgang Banditt	CDU	Vertretung für Herrn Andreas Meyer
-----------------------	-----	------------------------------------

SPD-Fraktion

Herr Christian Hartphiel	SPD
Frau Susan Jahr	SPD

AfD-Fraktion

Herr Torsten Hagenow	AfD	Vertretung für Herrn Christian Bork
Herr Mirko Koschel	AfD	

Fraktion DIE LINKE

Herr Andreas Büttner	DIE LINKE	Vorsitzender
Frau Evelin Wenzel	DIE LINKE	

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Elisabeth Becker	Bündnis 90/Die Grünen	Vertretung für Herrn Robert Schindler
-----------------------	-----------------------	---------------------------------------

Fraktion Bauern-Ländlicher Raum

Herr Knut Büttner-Janner	BLR
--------------------------	-----

Fraktion BVB/FREIE WÄHLER

Herr Harald Engler	BVB/FREIE WÄHLER
--------------------	------------------

Sachkundige Einwohner

Herr Christoph Bartsch

Herr Klaus-Martin Bastert
 Frau Anja Pfeifer

Verwaltung

Frau Karina Dörk	Landrätin
Herr Henryk Wichmann	2. Beigeordneter
Herr Michael Steffen	Amtsleiter Jobcenter

Abwesende Ausschussmitglieder:

CDU-Fraktion

Herr Volkhard Maaß	CDU	entschuldigt
Herr Andreas Meyer	CDU	entschuldigt
Herr Siegfried Schön	CDU	

AfD-Fraktion

Herr Christian Bork	AfD	entschuldigt
---------------------	-----	--------------

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Robert Schindler	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
-----------------------	-----------------------	--------------

FDP-Fraktion

Herr Gerd Regler	FDP	entschuldigt
------------------	-----	--------------

Sachkundige Einwohner

Herr Sebastian Nimsch		
Frau Tina Prager		entschuldigt

zu TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung sowie die Gäste.

Der Vorsitzende stellt fest, dass 10 stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses anwesend sind und der Ausschuss somit beschlussfähig ist.

zu TOP 2: Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Tagesordnung allen Ausschussmitgliedern form- und fristgerecht zugegangen ist.

zu TOP 2.1: Anträge zur Tagesordnung

Der Vorsitzende informiert, dass keine Anträge zur Tagesordnung vorliegen.

Die Sitzung hat somit folgende Tagesordnung im öffentlichen Teil:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)
 - 2.1 Anträge zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift der 16. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 25.05.2023 – öffentlicher Teil
4. Informationen
5. Einwohnerfragestunde
6. Anfragen
 - 6.1 Kinder und Jugendliche aus geflüchteten Familien in Gemeinschaftseinrichtungen des Landkreises
AF/093/2023
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 - 6.2 Förderrichtlinie des Landkreises Uckermark zur Ansiedlung von Ärztinnen und Ärzten
AF/098/2023
Engler, Harald
 - 6.3 Bildung und Teilhabe-Mittel (BuT) für das gemeinschaftliche Mittagessen in Schulen, Kita und Kindertagespflege
AF/127/2023
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
7. Anträge
 - 7.1 Förderung einer spezialisierten Fachberatungsstelle für Betroffene von sexualisierter Gewalt (Beratung, Prävention, Fortbildung) in Trägerschaft des Wildwasser e.V.
AN/121/2023
SPD-Fraktion
 - 7.2 Optimierung der Integrationsstrukturen im Landkreis Uckermark
AN/145/2023
Fraktion DIE LINKE, Fraktion Bündnis90/Die Grünen
8. Jobcenter Uckermark: Bericht zum ersten Halbjahr 2023
BR/106/2023

9. Jobcenter Uckermark: Informationen zum Bürgergeld-Gesetz
BR/107/2023
10. Jobcenter Uckermark: Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen im Budget
BV/109/2023
11. Verteilung und Unterbringung von leistungsberechtigten Geflüchteten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz im Landkreis Uckermark
BR/118/2023
12. Begrenzung der Nutzung des Bürogebäudes in der Brüssower Allee 91 in Prenzlau als vorläufige Aufnahmeeinrichtung mit Verteilfunktion für 180 – 200 Asylsuchende und Flüchtlinge
BV/147/2023

zu TOP 3: Bestätigung der Niederschrift der 16. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 25.05.2023 – öffentlicher Teil

Der Vorsitzende stellt fest, dass innerhalb der vorgesehenen Frist keine Einwände gegen die Niederschrift der 16. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 25.05.2023 – öffentlicher Teil – eingegangen sind und die Niederschrift damit als bestätigt gilt.

zu TOP 4: Informationen

Der Vorsitzende teilt mit, dass keine Informationen vorliegen.

zu TOP 5: Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende stellt fest, dass keine Einwohnerfragen vorliegen.

zu TOP 6: Anfragen

zu TOP 6.1: Kinder und Jugendliche aus geflüchteten Familien in Gemeinschaftseinrichtungen des Landkreises

Vorlage: AF/093/2023

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Antwort vom 22.06.2023 zugegangen ist.

Er fragt Frau Becker, ob die Fraktion die Beantwortung für ausreichend hält.

Frau Becker weist darauf hin, dass die Nachfrage bereits im Jugendhilfeausschuss gestellt wurde und die Beantwortung der Anfrage damit ausreichend ist.

zu TOP 6.2: Förderrichtlinie des Landkreises Uckermark zur Ansiedlung von Ärztinnen und Ärzten

Vorlage: AF/098/2023

Engler, Harald

Der Vorsitzende teilt mit, dass Herr Engler eine Antwort vom 10.07.2023 zugegangen ist.

Er fragt Herrn Engler, ob er die Beantwortung für ausreichend hält. Dies wird von Herrn Engler bestätigt.

zu TOP 6.3: Bildung und Teilhabe-Mittel (BuT) für das gemeinschaftliche Mittagessen in Schulen, Kita und Kindertagespflege

Vorlage: AF/127/2023

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Antwort vom 22.06.2023 zugegangen ist.

Er fragt Frau Becker, ob die Fraktion die Beantwortung für ausreichend hält.

Frau Becker weist darauf hin, dass die Nachfrage bereits im Jugendhilfeausschuss gestellt wurde und die Beantwortung der Anfrage damit ausreichend ist.

zu TOP 7: Anträge

zu TOP 7.1: Förderung einer spezialisierten Fachberatungsstelle für Betroffene von sexualisierter Gewalt (Beratung, Prävention, Fortbildung) in Trägerschaft des Wildwasser e.V.

Vorlage: AN/121/2023

SPD-Fraktion

Herr Hartphiel führt aus, dass eine Förderung dieser spezialisierten Fachberatungsstellen von großer Bedeutung ist. Er teilt mit, dass der Antrag vorerst zurückgestellt werden soll, um die von der Verwaltung eingebrachte Evaluation abzuwarten.

Abstimmungsergebnis: ohne

zu TOP 7.2: Optimierung der Integrationsstrukturen im Landkreis Uckermark

Vorlage: AN/145/2023

Fraktion DIE LINKE, Fraktion Bündnis90/Die Grünen

Frau Becker erläutert, dass das Ziel des Antrages insbesondere eine Beschleunigung von Integrationsprozessen und eine schnellere Aufnahme von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt sein soll.

Herr Hartphiel befürwortet den Antrag.

Herr Bastert steht dem Antrag kritisch gegenüber.

Der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales stimmt dem Antrag zu und empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschluss zu fassen:

„Anlässlich der Eröffnung eines Welcome-Centers für Geflüchtete in der Stadt Cottbus wird die Landrätin beauftragt, dieses Modellvorhaben zu prüfen und zu bewerten, um Verbesserungen der Integrationsstrukturen für Geflüchtete im Landkreis Uckermark möglichst bis zur nächsten regulären Sitzung des Kreistages vorzuschlagen. Bis zum 31.12.2023 ist zudem ein Integrationskonzept für den Landkreis Uckermark auszuarbeiten, damit es in der ersten Sitzung des Kreistages in 2024 verabschiedet werden kann.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 8: Jobcenter Uckermark: Bericht zum ersten Halbjahr 2023

Vorlage: BR/106/2023

Herr Koschel sieht das Hauptproblem an der mangelnden Qualifikation und Motivation der Arbeitssuchenden.

Herr Engler merkt an, dass bei allen beschlossenen Förderrichtlinien und Unterstützungsmaßnahmen auch an irgendeiner Stelle ein Erfolg sichtbar werden muss.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Informationen zur Kenntnis.

zu TOP 9: Jobcenter Uckermark: Informationen zum Bürgergeld-Gesetz

Vorlage: BR/107/2023

Herr Steffen informiert die Ausschussmitglieder anhand einer Präsentation zum Bürgergeld-Gesetz. Die Präsentation ist der Niederschrift als **Anlage** beigefügt.

Herr Banditt steht dem Bürgergeld kritisch gegenüber.

Auf Nachfrage von Herrn Koschel, erläutert Herr Steffen, dass die aufsuchende Tätigkeit seit dem letzten Jahr noch im Experimentierprojekt mit 3 bis 4 Kolleginnen/Kollegen stattfand. Es wurden damit ganz gute Erfahrungen gemacht. Somit wurde die aufsuchende Tätigkeit sogar auf alle Geschäftsstellen ausgeweitet.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Informationen zur Kenntnis.

zu TOP 10: Jobcenter Uckermark: Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen im Budget

Vorlage: BV/109/2023

Der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales stimmt der Vorlage zu und empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag genehmigt die überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen in Höhe von 2.117.314,00 Euro im Budget des Jobcenters:

- für die Kosten der Unterkunft und Heizung in Höhe von 1.661.506 Euro und
- für Bildung und Teilhabe in Höhe von 455.808 Euro.“

Abstimmungsergebnis: Ja: mehrheitlich

**zu TOP 11: Verteilung und Unterbringung von leistungsberechtigten Geflüchteten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz im Landkreis Uckermark
Vorlage: BR/118/2023**

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Informationen zur Kenntnis.

**zu TOP 12: Begrenzung der Nutzung des Bürogebäudes in der Brüssower Allee 91 in Prenzlau als vorläufige Aufnahmeeinrichtung mit Verteilfunktion für 180 – 200 Asylsuchende und Flüchtlinge
Vorlage: BV/147/2023**

Auf Nachfrage von Herrn Engler teilt Herr Wichmann mit, dass der Bürgermeister der Stadt Prenzlau zeitnah eine Rückmeldung zu diesem Kompromissvorschlag geben will.

Auf Nachfrage von Herrn Bastert, informiert die Landrätin, dass auch in anderen Gemeinden Unterkünfte für Asylsuchende und Flüchtlinge geschaffen werden, um eine gerechtere Verteilung im Landkreis gewährleisten zu können. Sporthallen für eine Unterbringung zu nutzen, stellt keine Alternative dar.

Frau Jahr beantragt die sofortige Abstimmung der Vorlage.

Der Vorsitzende stellt dies zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales stimmt der Vorlage zu und empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag beschließt in Abänderung des Beschlusses (BV/43/2023/1) vom 18.04.2023, der Landrätin als Vertreterin des Landkreises Uckermark in der Gesellschafterversammlung der UDG mbH gemäß § 97 Abs. 1 Satz 6 BbgKVerf folgende Weisung zu erteilen:

1.

Als Vertreterin in der Gesellschafterversammlung der UDG mbH erteilt die Landrätin durch Gesellschafterbeschluss dem Geschäftsführer der UDG mbH Weisung, er möge als Vertreter der UDG mbH in der Gesellschafterversammlung der UEG mbH dem Geschäftsführer der UEG mbH durch Gesellschafterbeschluss Weisung erteilen, zum nächst möglichen Zeitpunkt eine vorläufige Aufnahmeeinrichtung mit Verteilfunktion

für Asylsuchende und Flüchtlinge in Prenzlau, Brüssower Allee 91, für ca. 180 - 200 Asylsuchende zu planen und zu errichten.

2.

Zudem erteilt die Landrätin als Vertreterin in der Gesellschafterversammlung der UDG mbH durch Gesellschafterbeschluss dem Geschäftsführer der UDG mbH Weisung, er möge als Vertreter der UDG mbH in der Gesellschafterversammlung der UEG mbH dem Geschäftsführer der UEG mbH durch Gesellschafterbeschluss Weisung erteilen, er möge als Vertreter der UEG mbH in der Gesellschafterversammlung der GUB mbH dem Geschäftsführer der GUB mbH durch Gesellschafterbeschluss Weisung erteilen, eine vorläufige Aufnahmeeinrichtung mit Verteilfunktion für Asylsuchende und Flüchtlinge in Prenzlau, Brüssower Allee 91, für ca. 180 - 200 Asylsuchende zu betreiben.

3. Der Kreistag spricht sich im Einvernehmen mit der Landrätin dafür aus, dass die Nutzung des Bürogebäudes in der Brüssower Allee 91 als vorläufige Aufnahmeeinrichtung mit Verteilfunktion für Asylsuchende und Flüchtlinge auf maximal 3 Jahre nach Erstbezug begrenzt wird und eine Verlängerung dieser Nutzungsdauer um weitere 2 Jahre nur nach vorheriger Abstimmung mit der Stadt Prenzlau möglich ist.

4. Darüber hinaus erteilt die Landrätin als Vertreterin in der Gesellschafterversammlung der UDG mbH durch Gesellschafterbeschluss dem Geschäftsführer der UDG mbH Weisung, er möge als Vertreter der UDG mbH in der Gesellschafterversammlung der UEG mbH, dem Geschäftsführer der UEG mbH durch Gesellschafterbeschluss Weisung erteilen, er möge als Vertreter der UEG mbH in der Gesellschafterversammlung der GUB mbH dem Geschäftsführer der GUB mbH durch Gesellschafterbeschluss Weisung erteilen,

- a) alle notwendigen Verträge abzuschließen,
- b) rechtzeitig vor Inbetriebnahme der Gemeinschaftsunterkunft ein Sicherheitskonzept in Abstimmung mit der Polizei zu erarbeiten, welches eine anlassbezogene verstärkte Polizeipräsenz und erhöhte Bewachung des Objektes durch den Wachschutz sowie Sicherheitsberatungen durch die Polizei beinhalten soll,
- c) eine angemessene sozialpädagogische Betreuung und Begleitung der Asylsuchenden und Flüchtlinge in der Einrichtung sicher zu stellen,
- d) das mobile Beratungsteam (MBT) beim Brandenburgischen Institut für Gemeinwesenberatung zur Moderation des Bürgerdialogs im Vorfeld der Errichtung der Einrichtung hinzuziehen,
- e) sicherzustellen, dass die bisher bestehenden Mietverhältnisse im Bürohochhaus bei Bedarf fortgeführt werden können.“

Abstimmungsergebnis: Ja: mehrheitlich

zur Kenntnis genommen:

gez. Andreas Büttner
Ausschussvorsitzender

gez. Karina Dörk
Landrätin

gez. Kristin Wohleben
Schriftführerin